

Fragen des Wahlprüfsteins und Antworten der Heidelberger Kandidaten zusammengefasst

1. Frage: Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antworten von

Theresia Bauer (Bündnis 90/Die Grünen): Zu allen Fragen verweist die Kandidatin auf die Antworten des Landesvorstandes der Grünen (siehe „NGW BaWü, kommentierte Wahlprüfstein-Antworten“). Sie ergänzt, dass die EU in ihrem Einflussbereich die ökonomische Globalisierung gegen Protektionismus, Nationalismus und Handelskriege mit zweiseitigen Handelsabkommen sozial, ökologisch und demokratisch gestalten soll.

Anja Boto (CDU): Sie will sich wie ihre Partei für umweltfreundliche und sozial gerechte Lieferketten einsetzen, für den Schutz der heimischen Wirtschaft der Südländer vor großen Unternehmen des Nordens.

Daniel Al-Kayal (SPD): Die neuen Vorsitzenden der SPD sehen die Freihandelsabkommen kritisch. Die Partei tritt für ein Lieferkettengesetz ein.

Benjamin Brandstetter (FDP): Der in der EU erfolgreiche Freihandel soll auf die globalisierte Welt angewandt werden – im Interesse des Exportlandes BaWü. Dabei sollen die Bedingungen fair sein, was die EU mit ihren Subventionen gegenüber afrikanischen Staaten verfehlt habe.

Sarah Mirow (Die Linke): Die Linke kritisiert das neoliberale Weltwirtschaftssystem, das die soziale Ungleichheit global verstärkt, d. h. die internationalen Konzerne zu Gewinnern, die Masse der Menschen im Süden und die breite Mehrheit im Norden zu Verlierern macht. Stattdessen soll die internationale Wirtschaftsordnung auf soziale, Frauen- und Umweltrechte gegründet werden, damit die globale Ungleichheit verringert wird. Dafür sollen die Südländer ihre Industrie auch durch Zölle und Handelsbeschränkungen gegen Produkte aus dem Norden schützen können.

Dieter Koch (ÖDP): Das Engagement der ÖDP für gerechten Welthandel konkretisiert D. K.: Der Freihandel, der die Großhändler begünstigt, solle durch die staatliche oder besser genossenschaftliche Koordinierung des Verkaufs von Agrarrohstoffen ersetzt werden, damit die Kleinbauern überleben können. Die Entwicklungsländer sollen das Recht haben, den Aufbau ihrer Industrie mit Einfuhrzöllen zu schützen.

Friederike Benjes (KlimalisteBW): Um globale Klimagerechtigkeit zu verwirklichen, setzt sich die Klimaliste für gerechten Handel, nachhaltiges und faires Wirtschaften und die demokratische Legitimierung aller Verträge ein.

2. Frage: Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Ohne sich ausdrücklich auf das Pariser Abkommen zu beziehen, fordert **B. Brandstetter** zufolge die **FDP**, dass der europäische Zertifikatehandel mittels der Freihandelsabkommen global ausgeweitet wird.

Alle anderen Kandidaten treten für die Verwirklichung des Pariser Abkommens ein. Nach **D. Al-Kayal** geht das Wahlprogramm der **SPD** sogar darüber hinaus, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen;

dazu sollen CO₂-Budgets für BW aufgestellt werden. Zur globalen Verwirklichung des 1,5°-Ziels fordert **S. Mirow (Die Linke)**, dass das entwickelte BW einen größeren Beitrag als die Entwicklungsländer leistet, also klimapositiv wird. Dafür soll u. a. die Wirtschaftsförderung von der Autoindustrie weg auf regionale Kreisläufe gerichtet werden. **D. Koch (ÖDP)** verlangt von der EU, dass sie Importzölle auf alle klimaschädlich erzeugten Produkte erhebt, um eine CO₂-freie Produktion in Europa zu schützen. Um des Überlebens von Natur und Menschheit setzt sich die **Klimaliste F. Benjes** zufolge für eine global gerechte Verteilung von Wohlstand ein. **A. Boto (CDU)** will die Klimaschutzziele in BW dadurch verwirklicht sehen, dass „die Vorgaben“ verbindlich verankert werden; die Politik habe darauf zu achten, dass dadurch kein Wettbewerbsnachteil auf dem Weltmarkt entsteht.

3. Frage: Wird Ihre Partei im kommenden Landtagswahlkampf zu CETA Stellung nehmen?

D. Al-Kayal befürchtet, dass die **SPD** das nicht tun wird, weil im Landtagswahlkampf internationale Handelsverträge selten eine Rolle spielen.

Ohne auf den Wahlkampf einzugehen, sprechen sich **A. Boto (CDU)** und **B. Brandstetter (FDP)** grundsätzlich für Freihandelsabkommen, also auch für CETA aus. Auch **F. Benjes (Klimaliste)** bezieht sich nicht auf den Wahlkampf, sondern antwortet, dass ihre Partei Handelsabkommen ablehnt, die Umwelt und Menschen wirtschaftlichen Belangen unterordnen. Als Vertreter der **ÖDP**, die CETA ablehnt, will **D. Koch** persönlich CETA auf Wahlkampfveranstaltungen thematisieren. **S. Mirow (Die Linke)** äußert sich nicht zum Wahlkampf, sondern verweist auf die Folgen, die CETA für Länder und Kommunen hat, insbesondere den Abbau der parlamentarischen Demokratie; im Hinblick auf die Ratifizierung bringe Die Linke CETA in Landesparlamenten auf die Tagesordnung.

4. Frage: Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

F. Benjes (Klimaliste), **D. Koch (ÖDP)** und **S. Mirow (Die Linke)** machen diese Zusage, S. Mirow mit Verweis auf den Widerstand, den ihre Partei gegen CETA im Europäischen Parlament und im Bundestag leistet. **D. Al-Kayal (SPD)** glaubt, die Zusage nicht geben zu können, will aber persönlich gegen die Zustimmung seiner Partei zu CETA arbeiten. **B. Brandstetter (FDP)** und **A. Boto (CDU)** wollen, dass BW für eine Annahme von CETA stimmt, A. Boto unter dem Vorbehalt, dass europäische Standards gewahrt bleiben.

Wilfried Kühn, 10.2.2021,

für das Heidelberger Bündnis für gerechten Welthandel